TOP 5 -ö-

I. **Vorlage**

☒ zur Beschlussfassung
☐ als Bericht

Gremium	Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten
Sitzungsteil	öffentlich
Datum	01.07.2005

bisherige Beratungsfolge		Sitzungs-termin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit angen.	mit Mehrheit abgel.	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
1	Ausschuss für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	09.05.2003					
2	Ausschuss für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	12.09.2003	x				
3	Ausschuss für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten	12.03.2004	x				

Betreff
Mittelfristige Pflegebedarfsermittlung über das Jahr 2005 hinaus

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen
-1-

Beschlussvorschlag

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten hält entsprechend dem Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eine mittelfristige Pflegebedarfsermittlung über das Jahr 2005 hinaus für dringend geboten. Dem Stadtrat wird zur Beschlussfassung empfohlen, das Institut Modus Bamberg zu einer stichhaltigen mittelfristigen Pflegebedarfsermittlung hinzuzuziehen und die dafür erforderlichen Finanzmittel spätestens bei den Haushaltsberatungen für 2006 bereitzustellen.

Sachverhalt

Mit Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Dr. Jung vom 11.05.2005 stellte die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten am 01.07.2005 den Antrag, eine mittelfristige Pflegebedarfsermittlung über das Jahr 2005 hinaus zu erstellen. Zur Begründung wurde angeführt, dass diese Bedarfsermittlung zum einen Pflichtaufgabe der Stadt und zum anderen eine wichtige Datengrundlage für die zukünftigen Planungen der Wohlfahrtsverbände und der sonstigen Institutionen ist, die mit der Altenpflege befasst sind.

Zu dem Antrag ist anzumerken, dass der Sozialhilfeausschuss bereits in der Sitzung am 12.09.2003 einstimmig beschlossen hatte, das Institut Modus Bamberg, das seit 1996 Pflegebedarfsermittlungen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Mittelfrankens mit Ausnahme der Stadt Fürth durchführt, bei der Pflegebedarfsermittlung in der Stadt Fürth hinzuzuziehen und die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 20.000 Euro in den Haushalt für 2004 einzustellen.

Bei den Haushaltsberatungen am 09./10.12.2003 wurde die Bereitstellung der Finanzmittel zur Hinzuziehung des Instituts Modus Bamberg dem Stadtrat in der Liste der nicht aufgenommenen Maßnahmen vorgelegt. Eine Aufnahme in den Haushalt wurde im Stadtrat nicht beantragt, so dass die Finanzmittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Der Ausschuss für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten wurde von diesem Sachverhalt in der Sitzung am 12.03.2004 durch das Sozialreferat in Kenntnis gesetzt. Nach einer Protokollnotiz der Sitzung des Ausschusses am 12.03.2004 sollte eine verwaltungsinterne Fortschreibung (Bedarfsermittlung) von Diensten und Einrichtungen nach dem SGB XI weiterhin durch Ref.IV/Stab-Planung -im Rahmen des Möglichen- erfolgen.

Im Rahmen des Möglichen ist derzeit allenfalls eine Fortschreibung der Bedarfsermittlung zur Investitionskostenförderung von Ersatzneubauten oder Modernisierungen vollstationärer Pflegeeinrichtungen nach dem vom Stadtrat am 14.02.2001 beschlossenen Verfahren (Pflegebedürftige in Heimen am 31.12. des Vorjahres), aber auf Grund einer fehlenden Fortschreibung der zuletzt im Jahr 1998 vorgelegten Bevölkerungsprognose der Stadt Fürth keine mittel- oder längerfristige Bedarfsermittlung über das Jahr 2005 hinaus möglich.

Daneben ist festzuhalten, dass die vom Stadtrat in der Sitzung am 02.07.1997 beschlossene und auf der Grundlage einer Bevölkerungsprognose der Stadt Fürth aus dem Jahr 1995 beruhende mittelfristige Bedarfsermittlung, die unter dem Titel „Zum Bestand und Bedarf an Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen in Fürth 1995 bis 2005“ veröffentlicht wurde, zum Ende des Jahres 2005 ausläuft. Zutreffend ist außerdem der Hinweis in der Begründung des Antrages der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.05.2005, dass die Bedarfsermittlung eine Pflichtleistung der Stadt Fürth ist, da die Landkreise und kreisfreien Städte nach Art. 3 AGPflegeVG als die nach Art. 5, 6 und 7 AGPflegeVG (ambulante Dienste, teil- und vollstationäre Einrichtungen) zuständigen Aufgabenträger zur rechtzeitigen und ausreichenden Bereitstellung von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen den erforderlichen längerfristigen Bedarf festzustellen haben.

Aus Sicht des Sozialreferates ist es nicht vertretbar, dass die Stadt Fürth in Kürze ohne perspektivische Aussagen zum mittel- und längerfristigen Pflegebedarf dasteht. Wir schlagen deshalb vor, zur Erstellung einer stichhaltigen mittel- und längerfristigen Pflegebedarfsermittlung wie bereits am 12.09.2003 nach ausführlicher Diskussion vom Ausschuss für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten beschlossen, das Institut Modus Bamberg hinzuzuziehen, da es

1. seit 1996 Pflegebedarfsermittlungen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in Mittelfranken mit Ausnahme der Stadt Fürth durchführt;

2. über bewährte Erhebungsstandards und umfassende Erfahrungen mit Bedarfsermittlungen sowie über die Möglichkeit der Erstellung einer für eine längerfristige Bedarfsermittlung unabdingbaren Bevölkerungsprognose verfügt;

3. erstmals ein einheitliches Vorgehen bei der Pflegebedarfsermittlung in ganz Mittelfranken gewährleisten würde, wie dies von der Regierung schon Ende der 90er Jahre empfohlen wurde.

Die erforderlichen Finanzmittel werden auf 25.000 Euro geschätzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Jung hat dem Verfahrensvorschlag des Sozialreferates, das Institut Modus Bamberg zu einer mittelfristigen Pflegebedarfsermittlung über das Jahr 2005 hinaus hinzuzuziehen und die erforderlichen Finanzmittel im Haushalt für 2006 bereitzustellen, verwaltungsintern am 20.05.2005 zugestimmt, da die Stadt Fürth ansonsten ohne stichhaltige Aussagen zum mittel- und längerfristigen Pflegebedarf ab dem Jahr 2006 dastünde.

Finanzielle Auswirkungen ☐ Nein ☒ ja Gesamtkosten 25.000 €	jährliche Folgelasten ☐ nein ☒ ja €
Veranschlagung im Haushalt X Nein ja Bei Hst. Budget-Nr. im Vwhh Vmhh	
wenn nein, Deckungsvorschlag: Haushaltsberatungen für 2006	
Zustimmung der Käm liegt vor:	Beteiligte Dienststellen: RA RpA weitere:
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:	☐ ja ☒ nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt	☐ ja ☐ nein

II. BMPA/StR/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref.IV/SzA

Fürth, 15.06.2005

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:	Tel.:
Herr Dr. Roth – Ref.IV/Stab-Pl	974-1045